

Solidarität mit Palästina ist auch Solidarität mit Israel.

Der Geschäftsführende Vorstand der Berliner VVN-BdA kritisierte in seiner Erklärung vom 30.1.2025:

„Am 27. Januar 2024 fand in Berlin am Alexanderplatz eine Kundgebung statt, die den Gedenktag für die Opfer des Nazismus, den Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee 1945, für Kritik am Krieg in Gaza instrumentalisierte.“

Was war das denn für eine Kundgebung und Demonstration, an der teilzunehmen der Vorstand unsere Kameradinnen und Kameraden so lautstark rügt? Es waren palästinensische Gruppen, die aufgerufen hatten. Unter den Aufrufern war auch die „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“. Eine der Hauptrednerinnen war **Iris Hefets** von eben dieser Organisation.

Es waren jüdische und palästinensische Frauen, die gemeinsam das Leittransparent „Juden gegen Genozid“ getragen haben. Und es waren mehr als 2.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Eine Verurteilung solcher Veranstaltungen für einen gerechten Frieden ist praktizierter Rassismus.

Was bitte wurde da wofür instrumentalisiert, wenn jüdische und palästinensische Menschen an diesem Tag gegen den Völkermord des rechtszionistischen Regimes Israels in Gaza auf die Straße gegangen sind?

Doch eher anders herum. Wer instrumentalisiert da was und mit welcher Absicht?

Auch Mitglieder der VVN-BdA waren sichtbar mit Fahnen unserer Organisation dabei. Sie wurden vom Geschäftsführenden Vorstand der Berliner VVN-BdA dafür mit dem Antisemitismus-Vorwurf gerügt. Dies sei der Gedenktag für die Opfer des Nazismus. An diesem Tag an solch einer Demo teilzunehmen, das sei eine Relativierung des Holocausts und damit noch einmal Antisemitismus.

Mitglieder der Berliner VVN-BdA und Bündnispartner hätten dem Landesvorstand verletzte, empörte, kritische und irritierte Reaktionen zukommen lassen. „Querfront“ fehlt eigentlich noch. Aber die Zusammenstellung und die Gruppierung der „Argumente“ an sich sind schon aufschlussreich genug, wenn man sich anschaut, von welchen politischen Kräften diese momentan im Zusammenhang mit der Unterstützung des Völkermordes des rechtszionistischen Regimes von Israel in Gaza verwendet werden.

Ja, es stimmt, für viele jüdische Menschen ist die Existenz eines Staates Israel ein „Wert an sich“. Das hat religiöse, historische und politische Gründe und das sollten wir respektieren. Aber wir dürfen auch nicht vereinfachen. Israel ist nicht Israel. Nicht jeder Jude ist Israeli. Nicht jeder Israeli ist Jude. Selbst der Zionismus hat unterschiedliche Facetten und Erscheinungsformen. Zionismus ist nicht gleich Zionismus.

Wir dürfen eine politische Praxis nicht zulassen, in der Leid gegen Leid aufgerechnet und das eine als unvergleichlich größer und das andere dem gegenüber, als weniger bedeutsam gewertet wird. Wir dürfen eine politische Praxis nicht zulassen, in der verboten wird, das eine und das andere Leid gleichzeitig zu erwähnen, oder gar zu verurteilen.

Vor diesem Hintergrund ist es überhaupt nicht die Frage, ob Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA an einer solchen Demonstration teilgenommen haben. Es ist die Frage, an was für einer und mit welcher Absicht. Gelingt es uns, die antifaschistischen, die Friedenskräfte in solchen Demonstrationen zu stärken oder nicht? Und: Was müssen wir tun, damit es uns gelingt?

Das wäre eine wahrgenommene antifaschistische Verantwortung. Das wäre eine aktive antifaschistische Politik. Und es ist dem folgend überhaupt die Frage, warum die VVN-BdA nicht generell zu einer solchen Teilnahme aufruft. Offensichtlich, weil man rechtszionistischen Denk- und Argumentationsmustern folgt.

Es wäre eine Politik erforderlich, die sich in unserer strömungs- und parteienübergreifenden Organisation nicht an den Mitgliedern orientiert, bei denen Antifaschismus am wenigsten deutlich ausgeprägt ist, und die sie dann auf dieses Niveau zu reduzieren versucht.

Vielmehr benötigen wir eine VVN-BdA-Politik, die darauf hinarbeitet, dass Bündnisse in gegenseitiger Akzeptanz und gegenseitigem Verständnis über Auffassungen zum Antifaschismus und dessen Anwendung, zu stärken sind – und dies auch tatsächlich zu tun und nicht nur darüber zu reden.

Es ist nicht unsere Aufgabe, den Menschen in Palästina Ratschläge darüber zu erteilen, wie sie ihre Zukunft in der Region letzten Endes zu gestalten haben. Aber es ist unsere Verantwortung, alles dafür zu tun, die dort agierenden Friedenskräfte, die dort agierenden Antifaschistinnen und Antifaschisten möglichst umfangreich zu unterstützen. Indem wir so handeln, engagieren wir uns gegen den in dieser BRD-Gesellschaft herrschenden Antisemitismus. Genauso zu handeln ist ein tatsächlicher antifaschistischer Beitrag zum 27. Januar als einem Gedenktag für die Opfer des Nazismus, als dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee 1945.

Sprecherrat des AK Frieden der Berliner VVN-BdA

Berlin, 4. Februar 2024

Bestätigt zum 31.8.2025 - akfrieden.vvnberlin2024@gmail.com